

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Cornelia Behm, Kai Gehring, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertragstreue Abschaltung alter Atomkraftwerke in Osteuropa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Bulgarien, Slowakei und Litauen hatten im Rahmen ihrer Beitrittsverträge in die Europäische Union zugesagt, bestimmte alte Atomkraftwerke nach einer Übergangszeit abzuschalten. In einigen dieser Länder gibt es Bestrebungen, die Atomkraftwerke vertragswidrig wieder in Betrieb zu nehmen bzw. noch in Betrieb befindliche nicht zum vereinbarten Zeitpunkt abzuschalten. Ein wichtiges Argument für diesen Schritt sind die gravierenden Folgen für die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, vor allem im Wärmebereich, die durch den Stopp von Erdgaslieferungen aus Russland entstanden sind.

Da diese veralteten Atomkraftwerke trotz einiger Nachrüstungen in den vergangenen beiden Jahrzehnten weiterhin große Sicherheitsrisiken darstellen, wäre ein längerer Betrieb unverantwortbar.

Der Deutsche Bundestag hebt hervor, dass die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Energie hohe Priorität genießt und dass die Bundesregierung und Europäische Union sich mit Nachdruck dafür einsetzen sollen, ein erneutes Eskalieren des Erdgasstreits zwischen Russland und der Ukraine zu verhindern. Alte Atomkraftwerke gefährden aber in hohem Maße Mensch und Umwelt. Um dieses Sicherheitsrisiko auszuschließen, muss der fortgesetzte Betrieb verhindert und nachhaltige Alternativen zur Sicherung der Energieversorgung in den betreffenden EU-Mitgliedsländern gesucht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Kommission der Europäischen Union darin zu bestärken, Anträge für längere Laufzeiten für die Atomreaktoren abzulehnen, deren Auslaufen Grundlage der Beitrittsverträge zur Europäischen Union waren;
- bilateral auf die Regierungen der betreffenden Länder Einfluss zu nehmen, damit diese keine Anträge zur Laufzeitverlängerung stellen bzw. solche Anträge zurückziehen, für den Fall, dass Anträge bereits gestellt wurden;
- die Regierungen der betreffenden Länder darin zu unterstützen, Energiesparmaßnahmen zu treffen, die die Abhängigkeit dieser Länder von Importen fossiler und nuklearer Energieträger reduzieren;

- die Regierungen der betreffenden Länder darin zu unterstützen, in großem Umfang erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen, damit in hohem Maße Erdgas und andere fossile Energieträger sowie Uran substituiert werden können. Eine wichtige Rolle sollte dabei die Biogasgewinnung spielen;
- sich dafür einzusetzen, die Kapazitäten an Erdgasspeichern in Europa auszubauen und eine europäische Biogasstrategie vorzutreiben.

Berlin, den 28. Januar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion